

Kommentar Wirtschaftspolitik

2014/01 | 21. Jänner 2014

Die Kosten der Regulierung

Die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftspolitischen Blätter ist dem Thema „Die Kosten der Regulierung“ gewidmet. Die Autorinnen und Autoren stimmen grundsätzlich darin überein, dass Regulierung notwendig ist, insbesondere um einen Rahmen für fairen Wettbewerb, unternehmerisches Handeln und die Sicherheit von Mensch und Umwelt vorzugeben. Ein zu hohes Ausmaß an Regulierung birgt jedoch die Gefahr, unternehmerische Aktivitäten zu unterdrücken und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu beeinträchtigen.

Böheim argumentiert in seinem Beitrag, dass in Österreich **viele Branchen durch Überregulierung gekennzeichnet** seien und der durch Überregulierung verursachte Mangel an Wettbewerb einen **Wachstumsengpass** bildet. Durch einen Abbau von überschießenden Regulierungen und eine Intensivierung des Wettbewerbs seien substantielle positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum zu erwarten - das Wachstumspotential durch Deregulierungen liegt bei rund 0,5% pro Jahr. Der Spielraum für eine wachstumsfördernde Wettbewerbs- und Regulierungspolitik sei in Österreich vergleichsweise groß und könnte budget-schonend genutzt werden. Generell sollte die Etablierung einer wettbewerbsfreundlichen Grundstimmung oberste wirtschaftspolitische Priorität haben.

Weigel empfiehlt, (geplante) Regulierungen einer kritischen Wirkungsanalyse zu unterziehen. **Instrumente zur Analyse von Regulierungen** bzw. Projekte zum Abbau von Regulierungen werden vorgestellt und einer kritischen Analyse unterzogen; dazu gehören etwa die „Regulatory Impact Analysis“, „Smart Regulation“ bzw. das Standardkosten-Modell oder die Rechtsfolgenanalyse. Im Beitrag wird verschiedenen Gründen für die - laut Weigel - mangelhaft eingesetzten Instrumente zur Analyse von Regulierung nachgegangen und die Möglichkeiten für einen verbesserten Einsatz der verfügbaren Instrumentarien umrissen.

Berger, Graf, Schuh und Strohner beschreiben in ihrem Beitrag die **„Better Regulation“-Initiative** der OECD und der Europäischen Union sowie insbesondere deren Umsetzung in Österreich und diskutieren Vorschläge für deren Weiterentwicklung. Ziel von „Better Regulation“ sei, Regulierung von hoher Qualität bei möglichst geringem Verwaltungsaufwand zu erreichen und generell die Effizienz von staatlichen Interventionen zu erhöhen. Die Autoren argumentieren, dass in Österreich in den letzten 15 Jahren zwar einige wesentliche Schritte in dieser Hinsicht gesetzt wurden - sie nennen insbesondere E-Government, Verwaltungskosten senken für Unternehmen und Gesetzesfolgenabschätzung -, jedoch weiterhin Verbesserungsbedarf besteht. Generell zeigen Analysen von EcoAustria, dass Verwaltungskosten bei Unternehmen beträchtliche volkswirtschaftliche Kosten verursachen und zu geringerer Beschäftigung führen.

Koske fokussiert in ihrem Beitrag auf das Thema **„Produktmarktregulierung“**. Sie liefert einen Überblick über die bestehenden Regulierungsinstrumente in OECD-Ländern, über das Ausmaß an Produktmarktregulierung zum aktuellen Zeitpunkt sowie über die Reformen der jüngeren Vergangenheit. Koskes Analyse zeigt auf, dass die meisten Länder in den vergangenen fünf Jahren deutliche Fortschritte beim Abbau wettbewerbshemmender Regulierung gemacht haben - etwa durch Abbau staatlicher Kontrolle, Vereinfachung von Firmengründungen und Verringerung von Handels- und Investitionsbarrieren -, jedoch weiterhin Bedarf an Reformen besteht.

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Mag. Karin Steigenberger, BA
+43 (0)5 90 900-4262
Karin.Steigenberger@wko.at

Welter, Icks und Holz analysieren insbesondere für Deutschland - aber auch im internationalen Vergleich - das Ausmaß der **bürokratischen Belastungen** für Unternehmen sowie deren Veränderungen in den letzten Jahren. Im Bereich der Existenzgründungen sei in den vergangenen Jahren europaweit bereits einiges erreicht worden. Wesentlich für die Entwicklung einer Volkswirtschaft sei aber auch, dass die bereits länger bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen nicht durch die ständige Änderung von Gesetzen, Aufgaben und Pflichten belastet werden. Generell sei der zeitliche Aufwand, der mit der Erfüllung bürokratiebedingter Aufgaben verbunden ist, desto höher, je kleiner ein Unternehmen ist. Ziel der politisch Verantwortlichen müsse es sein, eine Kultur und ein Klima zu schaffen, um zu produktivem Unternehmertum zu motivieren und positive Rahmenbedingungen für jede Unternehmensgröße zu schaffen. Dazu gehöre auch, die bürokratischen Belastungen auf das Nötigste zu reduzieren.

Blind beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den **Wirkungen verschiedener Wettbewerbsregulierungen auf Innovationen**. Er argumentiert, dass die verschiedenen Arten der Wettbewerbsregulierung unterschiedliche und durchaus ambivalente Effekte auf Innovationen haben. Ganz generell stellen die regulativen Rahmenbedingungen wichtige Einflussfaktoren für die Innovationsaktivitäten von Unternehmen, Industrien und Volkswirtschaften dar. Blind erläutert, dass gerade in jüngster Zeit staatliche Akteure damit begonnen haben, die Gestaltung regulativer Rahmenbedingungen als mögliches Instrument der Innovationspolitik ins Auge zu fassen. Denn durch die Folgen der Finanzkrise sei der finanzielle Spielraum für viele Volkswirtschaften noch enger geworden, um die staatlichen Ausgaben für F&E zu steigern. Deshalb hätten politische Initiativen zunehmend an Bedeutung gewonnen, die regulativen Rahmenbedingungen in dem Sinne zu verbessern, dass sie innovationsfreundlicher werden oder sogar um Innovation zu fördern.

Rudorfer widmet sich im Speziellen der **Regulierung im Bankensektor** - dem laut Rudorfer wohl am stärksten regulierten Wirtschaftssektor. Er argumentiert, dass im internationalen Vergleich die Regularien die österreichischen Banken besonders hart treffen und die Kosten bzw. der Aufwand für die Umsetzung von Regularien für die Banken mittlerweile die Grenzen des Verkraftbaren erreicht hätten. Die direkten und indirekten Kosten, die damit für Banken und Wirtschaft entstehen, werden im Artikel beleuchtet. Rudorfer argumentiert, dass österreichische Banken infolge der Finanzkrise einem regelrechten „Regulierungstsunami“ ausgesetzt seien. Das enorme Ausmaß an Regulierung habe die Grundaufgabe der Kreditwirtschaft, die Finanzierung von Wirtschaft und Privaten, zunehmend schwierig gemacht und die vitale Funktion der Banken als „Blutkreislauf der Wirtschaft“ nachhaltig auf die Probe gestellt.

Ittner und Schmitz plädieren in ihrem Beitrag dafür, **Bankenregulierung einer Kosten-/Nutzenanalyse zu unterziehen**. Die Autoren diskutieren in diesem Kontext die Motivation der Bankenregulierung auf Basis von Marktunvollkommenheiten und von hohen Kosten der Bankenrisiken. Die Autoren argumentieren, dass umfassende Kosten-/Nutzenanalysen zeigen, dass die Nutzen der Bankenregulierung ihre Kosten deutlich übersteigen.

Knieps erläutert die **unterschiedlichen Fehlerarten im Regulierungsprozess**. Es gelte, zwischen Regulierungsfehlern im Regulierungsrahmen, im Regulierungsmandat sowie bei der Regulierungsumsetzung zu unterscheiden. Knieps veranschaulicht anhand ausgewählter Beispiele die Gefahren der unterschiedlichen Fehlerarten und zeigt Reformpotenziale für die Zukunft auf.

Müller widmet sich in ihrem Beitrag der Frage, vor welchem Optionenmix der Verteilnetzbetreiber vor dem Hintergrund der **Energiewende** in Deutschland steht, um genügend Netzkapazitäten zur Integration der stetig steigenden Einspeisung aus erneuerbaren Energien bereitzustellen. Dabei wird auf die Herausforderungen durch die Energiewende für die Verteilnetze eingegangen.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung